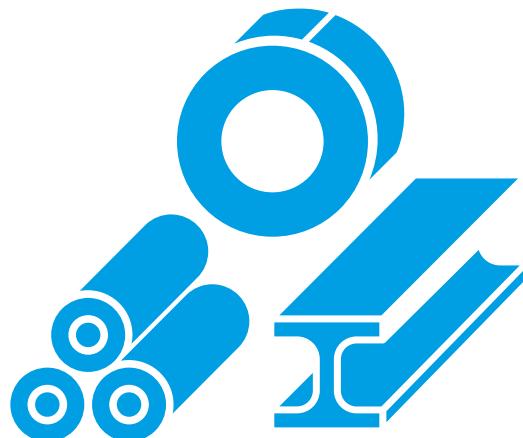


Positionspapier | November 2025

Positionen der mittelständischen Stahlindustrie in Deutschland

Dringend notwendige Rahmenbedingungen zum Erhalt
der Wettbewerbsfähigkeit der Elektrostahlproduzenten



Elektrostahlwerke in Deutschland stehen vor existenziellen Herausforderungen

Die Stahlindustrie in Deutschland hat sich mit großem Engagement und erheblichen Investitionen auf den Weg zur Klimaneutralität gemacht. Gleichzeitig ist sie mit massiven zusätzlichen Belastungen konfrontiert: International nicht wettbewerbsfähige Energiekosten, steigende unfaire Importe infolge globaler Überkapazitäten – insbesondere aus Asien – sowie eine Stahlnachfrage auf historischem Tiefststand gefährden den Industriestandort Deutschland in seiner Substanz.

Auf besondere Weise betroffen ist die überwiegend mittelständisch geprägte Elektrostahlindustrie (EAF-Route). Auf sie entfallen rund 30 Prozent der deutschen Stahlproduktion sowie etwa 32.000 direkte Arbeitsplätze. Sie ist Vorreiterin einer klimaneutralen Stahlproduktion und ermöglicht durch den Einsatz von Stahlschrott als Haupteinsatzstoff die effiziente Schließung von Materialkreisläufen – ein zentraler Baustein für Ressourcenschutz und eine funktionierende Kreislaufwirtschaft. Mit ihrem flexiblen, hocheffizienten und elektrifizierten Herstellungsprozess trägt sie heute schon entscheidend zur Dekarbonisierung industrieller Wertschöpfungsketten in Deutschland bei.

Die Probleme im Einzelnen:

– Zu hohe Stromkosten

Elektrostahl wird in einem besonders stromintensiven Prozess auf Basis von Stahlschrott hergestellt. Der Anteil der Stromkosten an der Bruttowertschöpfung kann bei den Unternehmen bis zu 40 Prozent betragen. Damit treffen die hohen, international nicht konkurrenzfähigen Strompreise – einschließlich der seit 1. Januar 2023 massiv gestiegenen Netzentgelte – kein Branchensegment härter als die Elektrostahlindustrie. Die Wettbewerbsfähigkeit der Standorte ist dadurch akut gefährdet. Hinzu kommen die Unsicherheiten über den Fortbestand wichtiger Strompreisentlastungen – so würde ein Wegfall oder die Reduzierung der CO₂-Strompreiskompensation oder auch deren Anrechnung auf andere Entlastungsinstrumente – die Elektrostahlwerke empfindlich treffen.

– Emissionsarme Produktion und Investitionsdruck

Die Elektrostahlroute (EAF) ist bereits heute die emissionsärmste Form der Rohstahlproduktion. Dennoch sind zur Erreichung der Klimaziele und aufgrund steigender CO₂-Preise weitere erhebliche Investitionen in neue Technologien erforderlich. Passgenaue Förderprogramme für diese Transformation fehlen bislang. Ebenso wird bisher die Umstellung auf erneuerbaren Strom nicht berücksichtigt. Diese muss künftig in die Förderprogramme einbezogen werden.

– **Rückgang der Produktion**

Die anhaltende Konjunkturschwäche und die hohen Energiekosten haben die Elektrostahlproduktion 2023 auf unter 10 Millionen Tonnen gedrückt – ein historischer Tiefstand. Gegenüber 2018 (dem letzten Jahr mit ‚auskömmlicher‘ Rohstahlproduktion) entspricht dies einem Rückgang um ein Viertel. Seitdem hat sich die Produktion kaum erholt.

– **(Sekundär-)Rohstoffverfügbarkeit unsicher**

Auch die langfristige Sicherung der Versorgung mit hochwertigem Stahlschrott stellt ein zunehmendes Risiko für die Unternehmen dar. Ein Mehrbedarf ergibt sich aus der Umstellung der Hochofenroute auf Elektrostahlproduktion, auch wenn diese mittel- und langfristig auf DRI und/oder HBI basiert.

– **Importdruck nimmt zu**

Seit 2023 zeigt sich ein besonders problematischer Trend: Trotz schwacher Nachfrage steigen die Importe weiter an, was die heimische Industrie zusätzlich unter Druck setzt. Dies führt zu einem strukturellen Handelsdefizit entlang der gesamten Wertschöpfungskette – von Vormaterialien über Halbzeuge bis zu Fertigerzeugnissen.

Insgesamt steht die mittelständische Elektrostahlindustrie damit vor **existenziellen Herausforderungen**, die entschlossenes politisches Handeln und zeitnahe, konkrete Umsetzungspläne erfordern, um Wettbewerbsfähigkeit, Investitionsfähigkeit und Beschäftigung in Deutschland zu sichern.

Was Elektrostahlwerke jetzt brauchen:

1. Wettbewerbsfähige Strompreise sicherstellen

- Die **Strompreise in Deutschland** liegen immer noch mehr als doppelt so hoch wie 2020 - weit über dem Niveau der internationalen Wettbewerber. In den USA und China kostet Strom weniger als die Hälfte und auch innerhalb der Europäischen Union liegt das Kostenniveau hierzulande deutlich über dem in wichtigen anderen Mitgliedstaaten: So liegen in Deutschland allein die Börsenpreise um 30 bis 100 Prozent höher als in Spanien, Frankreich oder Schweden – hinzu kommen spezielle Industriestrompreislösungen.
- Besonders kritisch ist die Entwicklung der **Übertragungsnetzentgelte**, die nach Wegfall des staatlichen Zuschusses seit 2023 um mehr als 130 Prozent angestiegen sind. Der notwendige Netzausbau wird diese Kostenstruktur langfristig weiter verschärfen.
- Die Elektrostahlhersteller benötigen daher eine **massive und verlässliche Senkung der Stromkosten**. Der von der Bundesregierung eingeführte Zuschuss zu den Übertragungsnetzentgelten für 2026 ist ein wichtiger erster Schritt. Um Planungssicherheit zu schaffen, muss der Zuschuss in Höhe von jährlich 6,5 Mrd. Euro auch für die Folgejahre rechtlich verbindlich festgeschrieben werden.

- Die **ETS-Strompreiskompensation**, die die im Strompreis enthaltenen CO₂-Kosten ausgleichen soll, ist ein zentraler Bestandteil internationaler Wettbewerbsfähigkeit. Sie muss für die Zukunft in Form und Höhe gesichert und weiterentwickelt werden. Es darf nicht zu einer Anrechnung gegenüber anderen Förderinstrumenten kommen.

Die Bundesregierung sollte sich in Brüssel dafür einsetzen,

- wie beim Stahldialog mit Bundeskanzler Merz am 6. November 2025 angekündigt, die **Beihilfehöchstgrenze** von derzeit 75 Prozent aufzuheben und
- die fortlaufende Abschmelzung der **Stromverbrauchsbenchmarks** zu stoppen, da diese unabhängig von tatsächlich vorhandenen Effizienzpotenzialen erfolgt und die Kompensation zunehmend entwertet.
- Nach Änderungen der EU-Kommission an der Methodik der Elektrostahl-Benchmarks im europäischen Emissionshandelssystem (EU-ETS) werden künftig zwar Teile der CO₂-bedingten Strommehrkosten durch Zertifikate abgedeckt. Diese Entlastung reicht jedoch bei weitem nicht aus. Daher muss eine Regelung geschaffen werden, die eine **weitergehende Kompensation der verbleibenden indirekten CO₂-Kosten** vollumfänglich ermöglicht.
- Steuer- und Umlageentlastungen müssen erhalten und ausgebaut werden. Im Rahmen des geplanten Kapazitätsmechanismus zur Absicherung der Stromversorgung dürfen **keine neuen Umlagebelastungen** entstehen.
- Zur Wahrung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit ist ein **planbarer Industriestrompreis von 3 bis 6 Cent/kWh** (einschließlich Netzentgelte, Abgaben und Umlagen) erforderlich. Die Bundesregierung sollte sich dafür einsetzen, dass die EU-Kommission den beihilferechtlichen Rahmen kurzfristig anpasst und beschränkende Vorgaben aufhebt. Der Industriestrompreis muss für den gesamten Stromverbrauch gelten und mit der CO₂-Strompreiskompensation uneingeschränkt kombinierbar sein.

2. Fairen Handel und lückenlosen Grenzausgleich sichern

- **Globale Überkapazitäten** von mehr als 600 Millionen Tonnen und subventionierte Exporte aus China haben einen ruinösen Preiswettbewerb ausgelöst. Und die **50 Prozent-Zölle der USA** auf Stahl und Stahlderivate wirken wie ein zusätzlicher Brandbeschleuniger. In der Folge hat sich der Anteil von Drittlandimporten am EU-Markt nahezu verdoppelt. Trotz schwacher Nachfrage steigen die Importe weiter, was zu Preisverfall, Kapazitätsabbau und Arbeitsplatzverlusten führt. Bestehende Handelsinstrumente (z.B. Anti-Dumping/Subventionsmaßnahmen) greifen nur punktuell. Die EU-Safeguards enden Mitte 2026 – eine langfristige Schutzstrategie fehlt.
- Am 7. Oktober 2025 hat die Europäische Kommission ihre Vorschläge für ein neues handelspolitisches Instrument im Stahlbereich veröffentlicht. Dieses Instrument ist aus Sicht der Stahlindustrie von existenzieller Bedeutung und sehr gut geeignet, faire Wettbewerbsbedingungen auf dem europäischen Stahlmarkt zu sichern. Eckpfeiler des neuen Instruments sind:

- Ein intelligentes **Zollkontingentsystem** (TRQ): Kontrollierte Marktöffnung mit Schutzmechanismen statt pauschaler Zölle
- **Klare Obergrenzen** für Import-Marktanteile
- Nur für Mengen, die die Quoten überschreiten: **Zusatz-Zoll** von 50 Prozent (orientiert an US-Stahlzöllen)
- **Herkunftsbestimmung** durch „Melted & Poured“-Regelung
- **Notfallmechanismus bei plötzlichen Nachfrageänderungen**

- Positiv ist, dass der gleiche ‚breite‘ Produktumfang gewählt wurde, wie er bereits in den EU-Safeguards angewendet wurde. Allerdings sollten bislang **nicht berücksichtigte Stahlerzeugnisse** (Stahlhalbzeug, bestimmte geschmiedete Langstahlerzeugnisse etc.) in den Produktkatalog der Maßnahmen aufgenommen werden.

- Jetzt kommt es darauf an, dass EU-Parlament und Mitgliedstaaten dem Vorschlag zügig zustimmen. Für die Stahlindustrie war deshalb ein sehr wichtiges Signal, dass sich die Bundesregierung beim **Stahldialog mit Bundeskanzler Merz am 6. November 2025** klar hinter die Vorschläge der Europäischen Kommission für ein Post-Safeguard Tool gestellt hat. Die Stahlindustrie spricht sich dringend dafür aus, den legislativen Prozess so schnell wie möglich abzuschließen, um eine **zeitnahe Einführung** der Maßnahmen zu gewährleisten.

- Die Elektrostahlunternehmen unterstützen den **CO₂-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM)** grundsätzlich, sehen jedoch erhebliche Schwachstellen. Notwendig sind:
 - der Erhalt kostenloser Zertifikate für Exportmärkte,
 - die **Ausweitung des CBAM** auf stahlintensive Erzeugnisse entlang der Wertschöpfungskette
 - sowie **verpflichtende länderspezifische Standardwerte**, um Wettbewerbsverzerrungen und sogenanntes „Carbon Leakage“ zu verhindern.

- Die Bundesregierung hat sich beim **Stahldialog am 6. November im Bundeskanzleramt** klar hinter diese Forderungen gestellt. Zudem sollte sie sich in Brüssel wie angekündigt dafür einsetzen, dass die **freie Zuteilung** so lange fortgeführt wird, bis diese Lücken vollständig geschlossen sind.

- Notwendig sind **CBAM-Benchmarks**, die faire Wettbewerbsbedingungen für die CO₂-arme Elektrostahlproduktion gewährleisten. Sie dürfen nur auf Basis der direkten Emissionen festgelegt werden. Zudem muss verhindert werden, dass Importe von DRI - EAF - Langstahl keiner CBAM-Verpflichtung unterliegen, obwohl sie deutlich kohlenstoffintensiver sind als der in Europa auf Basis von Schrott im Elektrolichtbogenofen produzierte Langstahl. Daher sollten die CBAM-Benchmarks an den in Europa vorherrschenden Produktionsweg gekoppelt sein, sofern dieser weniger kohlenstoffintensiv ist als Importe.

3. Verfügbarkeit von Stahlschrott sicherstellen

- Damit die Elektrostahlroute in Deutschland ihren vollen Beitrag zur Erreichung der Klimaneutralität leisten kann, muss die **Verfügbarkeit von Stahlschrott in der erforderlichen Qualität und Menge** langfristig abgesichert werden. Die Nachfrage steigt durch die Transformation der Hochofenroute deutlich an, Versorgungsengpässe zeichnen sich heute schon ab und werden zunehmen.
- Weltweit befeuern die Dekarbonisierungsstrategien der Industrie die Stahlschrottnachfrage zusätzlich. China etwa plant, seine Recyclingkapazität zwischen 2023 und 2030 um rund 26 Millionen Tonnen zu erhöhen. Die EU befindet sich in diesem globalen Wettbewerb im Nachteil. Seit Jahren weist sie einen hohen Exportüberschuss bei Stahlschrott auf – faktisch ein Export wertvoller Rohstoffe und Legierungsmittel. Besonders kritisch ist die künftige Versorgung mit hochwertigen Schrottqualitäten.
- Gegenüber Ländern, die selbst den Export kritischer Rohstoffe beschränken, sind **wechselseitig wirkende Maßnahmen** sowie eine gezielte Nutzung bestehender EU-Instrumente erforderlich:
 - Konsequente Anwendung der EU-Verordnung über Subventionen aus Drittstaaten auf stahlschrottbezogene Fälle,
 - strengere Überwachung und Regulierung der Schrottströme im Rahmen der **Abfallverbringungsverordnung** und des **EU-Gesetzes zu kritischen Rohstoffen**.
 - Ggf. Ergreifung **weiterer handelspolitischer Maßnahmen** zur Begrenzung des Abflusses von hochwertigen EU-Stahlschrotten.
- Darüber hinaus sollte die **EU-Altfahrzeugrichtlinie** überarbeitet werden, um illegale Exporte zu reduzieren. Im geplanten **EU-Kreislaufwirtschaftsgesetz** muss Stahlschrott als **strategischer Sekundärrohstoff** in das EU-Gesetz zu kritischen Rohstoffen eingebbracht werden.

4. Heimische Produktion stärken, grüne Leitmärkte schaffen

- Ohne eine klare Verankerung von **EU-Präferenzen** im deutschen und europäischen Vergaberecht drohen neue Abhängigkeiten von Drittstaaten bei kritischen Materialien und Technologien. Öffentliche Beschaffung – insbesondere bei Infrastruktur- und Verteidigungsprojekten – muss gezielt europäische Wertschöpfung fördern, um Resilienz, technologische Souveränität und strategische Handlungsfähigkeit zu sichern.
- Ausschreibungen sollten sich an der **Kreislauffähigkeit und Verfügbarkeit emissionsarmer Stahlprodukte** aus der EU orientieren und gezielt Nachfrageanreize für klimafreundliche Technologien schaffen. Im laufenden Gesetzgebungsverfahren zum Vergabebeschleunigungsgesetz sollte in Ergänzung zu § 113 GWB die Verordnungsermächtigung dahingehen erweitert werden, dass Nachhaltigkeitskriterien anschließend in der Verordnung fest verankert werden. Auch in die geplante Überarbeitung der **Public Procurement Directives** muss eine verbindliche EU-Präferenz verpflichtend aufgenommen werden.

- Nach Inkrafttreten des Vergabebeschleunigungsgesetzes sollte die Bundesregierung verbindliche Vorgaben für die **Beschaffung klimafreundlicher Leistungen**, insbesondere von Stahl, erlassen.
- Nachhaltigkeitskriterien und **anerkannte Kennzeichnungen** sollten verbindlicher Bestandteil von Vergabeverfahren sein. Sie schaffen Transparenz über Herkunft, Transformationsfortschritt und Emissionsintensität der Produkte.
- Auf EU-Ebene sollte sie sich für branchenspezifische **Leitmärkte** im Rahmen des geplanten **Industrial Accelerator Act** einsetzen - beginnend mit klimafreundlichem Stahl. Im privatwirtschaftlichen Bereich sollten zusätzlich Anreizsysteme oder Regelungen im Sinne der Ökodesign-Verordnung geprüft werden.

Daten und Fakten zur Elektrostahlindustrie

- Rund **30 Prozent** der Stahlproduktion in Deutschland entfallen auf die Elektrostahlroute (Electric Arc Furnace – EAF). Mit rund **32.000 Beschäftigten** ist sie ein bedeutender Arbeitgeber und überwiegend mittelständisch strukturiert.
- In Elektrolichtbogenöfen werden jährlich über **10 Millionen Tonnen Stahlschrott** – rund 70 Prozent des deutschen Verbrauchs – zu neuem Stahl eingeschmolzen.
- Die Elektrostahlroute vermeidet durch Recycling jährlich rund **10 Millionen Tonnen CO₂** und reduziert die Emissionen gegenüber der Hochofenroute bereits heute um etwa **75 Prozent**.
- Jede Tonne recycelter Stahlschrott spart **1,5 Tonnen CO₂, 1,5 Tonnen Eisenerz** und **0,65 Tonnen Kokskohle** ein.
- Die Elektrostahlwerke sind in **zehn Bundesländern** vertreten und leisten einen zentralen Beitrag zur regionalen Wertschöpfung, Beschäftigung und industriellen Resilienz.

Ihre Ansprechpartner

Tobias Aldenhoff | Leiter Wirtschafts- und Handelspolitik
 +49 211 6707-871 | tobias.aldenhoff@wvstahl.de

Thomas Schauf | Leiter Strategie & Governmental Affairs
 +49 175 9394415 | thomas.schauf@wvstahl.de



Wirtschaftsvereinigung Stahl
Französische Straße 8
10117 Berlin

+49 30 2325546-0

info@wvstahl.de
www.wvstahl.de

Mitglied im
